Flächendeckende Folgen des Russland-Ukraine-Konfliktes für die Bauunternehmen in Ostdeutschland

Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine treffen auch die regionalen Bauunternehmen empfindlich. Eine gemeinsam mit dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) durchgeführte Studie zeigt die große Betroffenheit der ostdeutschen Bauindustrie auf. Der Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost e. V. (BIVO), **Dr. Robert Momberg**, ordnet die Ergebnisse ein: „Im Kontext mit den immer noch vorhandenen Auswirkungen der Corona-Pandemie hat sich ein Krisencocktail für die regionale Bauindustrie zusammengebraut, der das Potential für eine anhaltende Baukrise in sich trägt.“ Mit Blick auf die Umfrageergebnisse werden bereits jetzt 80 Prozent aller befragten bauindustriellen Unternehmen mit direkten oder indirekten Auswirkungen des Konfliktes konfrontiert. Vor allem Preissteigerungen beim Baumaterial und Transport der Baumaterialien sowie Lieferengpässe bei Materialien schränken den Großteil aller Unternehmen ein. Erschwerend hinzu kommen die problematisch werdenden Vertragsbeziehungen zu den Lieferanten der Bauunternehmen. Über 70 Prozent geben an, dass Lieferanten keine verbindlichen Preiszusagen mehr machen und Baumaterialien nur noch zu Tagespreisen anbieten. Mit Blick auf Lieferengpässe und Preissteigerungen treten die größten Probleme derzeit beim Dieselkraftstoff auf. Aber auch bei Stahl, Bitumen und Holz sind extreme Preisanstiege zu verzeichnen. „Wenn eine Warenlieferung überhaupt durch die Lieferanten zugesagt werden kann, dann nur zu exorbitant gestiegenen Preisen, die sich teilweise verdoppelt oder verdreifacht haben“, so Momberg weiter. Die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Konfliktes beeinflussen zudem die Angebotsabgaben der Bauunternehmen. Fast jedes dritte bauindustrielle Unternehmen gibt an, gegenwärtig keine oder nur ausgewählte Angebote abgeben zu wollen.

„Die gegenwärtige Situation ist eine Herausforderung für sämtliche bauindustriellen Unternehmen. Nun schlägt die Stunde des partnerschaftlichen Bauens. Private und öffentliche Auftraggeber müssen die Risiken fair verteilen. Gleichzeitig müssen Regierungen, Parlamente und Bauverwaltungen ihrer Verantwortung für bauwirtschaftliche Prozesse gerecht werden“, fordert Momberg

abschließend.

Der Bauindustrieverband Ost e. V. vertritt die Interessen von 260 Bauunternehmen mit 20.000 Beschäftigten in den Ländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.